

# MV 2020+

Ideen für unser Land.

Ein Diskussionsangebot



**DIE LINKE.**

Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern



**DIE LINKE.**

Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

# **MV 2020+** Ideen für unser Land.

Ein Diskussionsangebot



# Inhalt

## Vorwort

4

## Leitbild **MV 2020+** – ein Diskussionsangebot

1. Ein Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern aus Sicht der LINKEN	7
2. Wo steht das Land? – Eine Standortbestimmung	8
3. Unsere Vision für MV 2020+	10
4. Die strategischen Handlungsfelder	12
- Mecklenburg-Vorpommern – ein gutes Land zum Leben	12
- Öffentliche Daseinsvorsorge – Garant für Lebensqualität	13
- Arbeiten und Wirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern	18
- Bildung und Kultur für alle – lebenslang und von Anfang an	22
- Ökologisch in die Zukunft – darauf kommt es an	25
- Politik aktiviert und ermöglicht	27
5. Mecklenburg-Vorpommern am Scheideweg	30

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Landtagsfraktion DIE LINKE legt mit dem Leitbild MV 2020+ ein Diskussionsangebot vor. Wir wollen unsere Vorstellungen für eine nachhaltige zukunftsfähige Entwicklung des Landes mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, den Einwohnerinnen und Einwohnern in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus diskutieren.

Die Ideen und Vorschläge für unser Leitbild wurden öffentlich auf zahlreichen Fachkonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert.

Darüber hinaus haben wir uns mit vielen Interessierten auf Basis- und Regionalkonferenzen über ein Konzept für die Zukunft ausgetauscht.

Viele Gedanken, Wege und Methoden, auch von Praktikerinnen und Praktikern, wurden dabei eingebracht, aufgegriffen und zum Teil auch wieder verworfen. Wir verstehen unser Leitbild als einen lebendigen und kreativen Prozess, an dem wir ständig weiter arbeiten wollen – als eine übergreifende Aufgabe jenseits der Tagesaufgaben.

Wir wollen heute über die Herausforderungen der Zukunft diskutieren und mit Ihnen die besten Lösungen für das Land und seine Menschen finden. Bis zum Jahr 2020 ist es nicht mehr weit. In den nächsten Jahren müssen deshalb die notwendigen strategischen Entscheidungen durch die Landespolitik getroffen werden.

Prof. Dr. Peter Adolphi und Klaus-Dieter Adamski haben uns für das Leitbild einen methodisch-programmatischen Ansatz vorgeschlagen, den wir aufgegriffen haben.



Unsere Thesen werden ergänzt durch Beiträge von Dr. Wolfgang Weiß, Dr. Ditmar Schmidt und Dr. André Brie zu speziell gestellten Aufgaben. Sie finden sich im Anhang unseres Leitbildes.

Wir bedanken uns bei den Autoren und auch bei allen anderen Diskussionspartnerinnen und -partnern, die Ideen und Denkanstöße gegeben, mit uns gestritten und uns unterstützt haben. Ohne sie wären wir nicht bis hierher gekommen. Wir laden alle ein, sich weiter rege an der Diskussion um das Leitbild MV 2020+ zu beteiligen und um die besten Lösungen zu ringen.

**Anregungen und Vorschläge erreichen die Landtagsfraktion DIE LINKE unter der E-Mail: [fraktion@dielinke.landtag-mv.de](mailto:fraktion@dielinke.landtag-mv.de).**



Helmut Holter

Fraktionsvorsitzender



## **1. Ein Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern aus Sicht der LINKEN**

Das Leitbild ist eine optimistische Vision von der Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Für eine nachhaltige Entwicklung, eine lebenswerte und gesicherte Zukunft des Landes und der hier lebenden Menschen wählen wir einen komplexen, integrativen und alternativen Weg. Ineinander greifende Konzepte vom Wirtschaften, vom sozialen Zusammenhalt und vom Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind nötig, um die Potenziale des Landes bestmöglich nutzen zu können. Der Weg, den wir für Mecklenburg-Vorpommern vorschlagen, basiert auf der Erkenntnis, dass zunehmender Verbrauch an Ressourcen, klimaschädliche Emissionen, aber auch die zunehmende soziale Spaltung ein menschenwürdiges Leben gefährden. Die bisherigen Methoden der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung sind für die Zukunft untauglich. So weiter zu machen wie bisher, nur ein wenig sozialer, ökologischer und demokratischer, stellt nichts weniger als die menschliche Zivilisation in Frage – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Wir brauchen mehr direkte demokratische Mitbestimmung sowie natur- und umweltverträgliche Arbeitsweisen. Darüber hinaus müssen alle Benachteiligungen etwa wegen des Geschlechts, des Alters, Behinderungen oder der Herkunft überwunden werden.

Das Leitbild erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wird laufend weiterentwickelt. Es beschreibt langfristige Ziele, die aber schon heute die richtigen Entscheidungen erfordern. Es steckt den Rahmen für gegenwärtiges und künftiges Handeln ab und zeigt Wege und Methoden, wie diese Ziele erreicht werden können.

## **2. Wo steht das Land? – Eine Standortbestimmung**

Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1990 einen in Tempo und Auswirkungen einmaligen Strukturwandel durchgemacht. Im Zuge einer drastischen Deindustrialisierung und eines dramatischen Rückgangs der Beschäftigtenzahlen vor allem in der Land- und Ernährungswirtschaft hat sich eine gewerbliche Wirtschaft entwickelt, die im Wesentlichen aus Klein- und Kleinstunternehmen besteht. Diese überwiegend kleinteilige Struktur trägt die wirtschaftliche Entwicklung, nur wenige Unternehmen sind exportorientiert.

Mecklenburg-Vorpommern ist noch immer in erheblichem Maße auf Zuweisungen des Bundes, anderer Länder und der EU angewiesen. Bis 2019 werden die Mittel aus dem Solidarpakt auslaufen. Nach 2013 muss das Land mit deutlich weniger EU-Mitteln rechnen. Das eigene Steueraufkommen wird diese Einnahmeausfälle noch lange nicht ausgleichen können. Schon deshalb sind die knappen und knapper werdenden Mittel zugunsten von Investitionen nach den Kriterien von Zukunftsfähigkeit, ökologischer und regionaler Nachhaltigkeit zu bündeln und an klaren Prioritäten auszurichten.

Für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur von großer Bedeutung. Einem sehr guten Straßennetz für den Individual- und Güterverkehr steht der fortschreitende Abbau des Öffentlichen Personennahverkehrs auf Straße und Schiene gegenüber.

Die Hochschulen des Landes haben einen guten Ruf in Lehre, Forschung und Wissenstransfer. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erbringen anerkannte Ergebnisse. Die Voraussetzungen, wissensbasierte Arbeitsplätze zu schaffen, sind vorhanden, führen bisher aber zu wenig zu Unternehmensgründungen im Land. Netzwerkbildung steht hoch im Kurs, jedoch erscheint sie oft planlos und unüberschaubar. Die Verzahnung von Ausbildung und Forschung mit der Wirtschaft reicht bislang nicht aus.

Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen leben von der landschaftlichen Schönheit und Vielfalt, wie beispielsweise der Tourismus und die Gesundheitswirtschaft. Ganzheitliche und ganzjährige Angebote, die alle möglichen regionalen Partner mit ins Boot holen, sind noch zu selten.

Die Landwirtschaft ist nach wie vor Struktur bestimmend, aber noch zu sehr auf ihre Rolle als Rohstoffproduzent für den Weltmarkt fixiert.

Alles in allem ist die regionale Wertschöpfung unterentwickelt.

Das Land verfügt über besondere Vorzüge von Natur- und Kulturlandschaft, über reichhaltige kulturelle und künstlerische Traditionen, einzigartige Zeugnisse der Baukultur. Darüber hinaus sind weitere weiche Standortfaktoren vorhanden, wie z.B. ein flächendeckendes Netz von Kindertageseinrichtungen und von Krankenhausstandorten.

Wir haben heute nur noch ein Drittel der Schülerzahlen von 1990. Das führte zu einer Halbierung der Schulstandorte. Viele Aufgaben im kulturellen, sozialen, Jugend- und Umweltbereich werden nicht oder nur unzureichend erledigt, weil die Finanzkraft der Kommunen zu gering ist. Darunter leidet auch der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft.

Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit, den niedrigsten Einkommen und großer Armut, insbesondere Kinderarmut sowie zunehmende Altersarmut. Strukturelle Nachteile behindern die Entwicklung des Landes. Die Abwanderung junger gut ausgebildeter Menschen, insbesondere junger Frauen, geht ungebremst weiter. Dies hemmt die Schaffung qualifizierter und wissensbasierter Arbeitsplätze.

Mecklenburg-Vorpommern ist innerhalb von 20 Jahren von dem Land mit der jüngsten Bevölkerung zu dem Land mit der ältesten Bevölkerung im Bundesdurchschnitt geworden. Sowohl das Durchschnittsalter als auch der Anteil von Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung werden weiter wachsen. Dank des hoch entwickelten Gesundheitswesens werden viele der Älteren vital und bis ins hohe Alter weitgehend gesund sein. Zugleich führen der anhaltende drastische Sozialabbau zu einer großen Altersarmut und insgesamt zu negativen Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen.

Der demografische Wandel ist in Mecklenburg-Vorpommern besonders ausgeprägt. Er birgt einerseits Risiken für die technische, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, andererseits Chancen für innovative Wege in ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert.

### **3. Unsere Vision für MV 2020+**

Mecklenburg-Vorpommern ist ein nachhaltig wirtschaftendes Land, in dem jede und jeder ein Existenz sicherndes Einkommen hat, mit individuell ausgerichteten, allen zugänglichen Informations-, Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten.

Die Menschen fühlen sich der Region, in der sie leben, verbunden und nutzen das Recht mitzureden und mitzuentcheiden.

Die Einwohnerinnen und Einwohner und ihre Lebensqualität stehen im Mittelpunkt von Politik, Wirtschaft und Arbeit. Sie sind motiviert, werden gebraucht und haben ihren Platz in der Gesellschaft.

Landesparlament und Landesregierung sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, die Regionen zum Wohle ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu stärken. Sie fühlen sich sozialer Gerechtigkeit und chancengleichen Lebensbedingungen der Menschen verpflichtet. Grundsätzlich gilt das Primat der Politik über die Wirtschaft. Kurzfristige profitgesteuerte Interessen weniger stehen hinter den Bedürfnissen der Mehrheit und dem Schutz von Natur und Umwelt zurück. Der Staat bestimmt in einem transparenten Diskussions- und Beteiligungsprozess die Entwicklungslinien des Landes und ermöglicht deren eigenständige Umsetzung in den Städten, Dörfern und Regionen.

In Mecklenburg-Vorpommern leben die Menschen in einer Solidargemeinschaft, Stadt und Land, Alt und Jung kooperieren miteinander, unterstützen und stärken sich gegenseitig und gleichen damit Schwächen aus. Sie führen ein friedliches und gutes Leben im Einklang mit der Natur im Sinne von „Besser Leben, aber nicht um jeden Preis“. Rein quantitatives Wachstum hat als Maßstab ausgedient, mit Ressourcen wird sehr bewusst umgegangen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden neue Wege beschritten. Im Land wird parteiübergreifend und breit über die Gestaltung der Lebensorte von Menschen debattiert. Städtisch und ländlich geprägte Räume bedingen und nützen einander. Sie zeichnen sich durch gleichwertige Lebensbedingungen aus. Arbeit und Erholung, Güter und Dienstleistungen sind für jeden Menschen zugänglich, unabhängig davon wo er lebt.

Für eine eigenständige und von Selbstbewusstsein getragene Entwicklung richtet sich die Politik des Landes konsequent an den regionalen und lokalen Bedarfen aus. Entscheidungen werden dort gefällt, wo sie sich unmittelbar auswirken. Durch die konsequente Regionalisierung werden neue innovative Wege eröffnet,

soziale Ressourcen mobilisiert und die demokratische Mitwirkung der Menschen gestärkt. In den demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sind die Behörden Moderator, Berater, Kontrolleur und Multiplikator der besten Ideen und Wege. Die Verwaltung ist insgesamt bürgernäher.

Grundsätzliche Entscheidungen werden auf EU-, Bundes- und Landesebene getroffen. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten der europäischen Integration und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum und darüber hinaus werden aktiv genutzt und intensiv entwickelt. Soziale Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität machen nicht an Ländergrenzen halt. Mehr Regionalität und zugleich mehr Weltoffenheit eröffnen dem Land neue Entwicklungsperspektiven für qualitatives Wachstum und Beschäftigung.

Im Mittelpunkt der Landespolitik steht eine hohe Lebensqualität aller Einwohnerinnen und Einwohner des Landes, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters, ihrer Fähigkeiten sowie ihrer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung.

## **4. Die strategischen Handlungsfelder**

### **Mecklenburg-Vorpommern - ein gutes Land zum Leben**

Zu einer hohen Lebensqualität gehört, dass jede und jeder ein Existenz sicheres Einkommen hat und der Arbeitsplatz ein guter Arbeitsplatz ist. Darüber hinaus wird die Lebensqualität von einer gesicherten Daseinsvorsorge bestimmt, von intakter Umwelt, bestmöglicher Bildung, kultureller Vielfalt und lebenswerten Städten und Dörfern. Die Menschen brauchen Zeit für ihre Familien, Freizeitaktivitäten und Erholung.

Das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen muss mehr in den Fokus des politischen Handelns und des Verwaltungshandelns auf allen Ebenen rücken. Lebenswerte und attraktive Orte brauchen neben ansprechender und funktionaler Gestaltung vor allem vitalen sozialen Lebensraum als Wohn-, Arbeits- und Freizeitort.

Die Bedeutung der über das ganze Land verteilten Kleinstädte und Gemeindehauptorte als Dreh- und Angelpunkt für die im Umfeld wohnenden Menschen wird deutlich zunehmen. Deshalb müssen sie für jede und jeden gut erreichbar sein und dauerhaft in die Lage versetzt werden, vorzuhalten, was zum täglichen Leben gebraucht wird. Das relativ engmaschige Netz zentraler Orte soll nicht weiter ausgedünnt werden. Sie sollen nicht mehr primär nach der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner festgelegt werden. Wenn künftig deutlich weniger und ältere Menschen hier wohnen, sind die Wegstrecke und der Zeitaufwand entscheidend für die Lebensqualität.

Mittlere und größere Städte sollen so entwickelt werden, dass sie in engen Wechselbeziehungen mit den Umgebungsorten sowie den ländlichen Räumen stehen – zum gegenseitigen Vorteil. Ein breites Angebot von Einrichtungen und Dienstleistungen, die jeder Mensch zum Leben braucht, wird auch in den mittleren und größeren Städten nur aufrecht zu erhalten sein, wenn regional gedacht und gehandelt wird. Interkommunale Zusammenarbeit ist unerlässlich. Stadt und Land gemeinsam machen die Attraktivität einer Region aus. Regionale Besonderheiten und regionale Vielfalt müssen genutzt werden, um die Einzigartigkeiten der jeweiligen Region herauszustellen und den Zusammenhalt zu stärken. Dies wird unterstützt durch Entwicklungskonzepte und professionelles Management auf allen Ebenen. Diese müssen offen sein für neue Ideen.

Wir definieren eine Region nicht nach räumlichen Ausmaßen oder administrativen Grenzen. Regionen können ganz unterschiedlich sein. Was eine Region ausmacht kann beispielsweise von der jeweiligen Aufgabe, von Traditionen und der Identifikation der Menschen abhängen. Sie kann ein Bündnis von Gemeinden sein, ein Kreis, mehrere Kreise, Gebilde über Verwaltungsgrenzen hinaus oder auch das ganze Land.

Regionen benötigen ein tragfähiges kommunales Fundament. Wirkliche Kommunale Selbstverwaltung setzt voraus, dass über gemeindliche Angelegenheiten auf Gemeindeebene entschieden werden kann. Die Kommunen sind mit den notwendigen Finanzen auszustatten und die Gemeindestrukturen auch in ihrer Größe so anzupassen, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Gemeinde ist nicht gleich Dorf. Wir wollen, dass jede Stadt und jedes Dorf unabhängig davon, ob eigenständig oder Teil einer Gemeinde, die Identität behalten und ein eigenständiges reges gesellschaftliches Leben führen kann. Die im Land vorherrschende sehr kleinteilige und dezentrale Siedlungsstruktur ist scheinbar ein struktureller Nachteil, sie wird aber zu einem Vorteil, wenn es um Identitätsbildung, sozialen Zusammenhalt und ehrenamtliches Engagement geht. Daher darf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nicht vorrangiger Maßstab bei der Festlegung von Gemeindestrukturen sein. Wir brauchen von den Bürgerinnen und Bürgern mit entwickelte und akzeptierte Lösungen.

Bei der Stadt- und Dorfentwicklung müssen – neben den demokratisch gewählten Vertretungen – Einwohnerinnen und Einwohner, Verbände, Vereine sowie örtliche Gewerbetreibende von Anfang an eingebunden werden.

## **Öffentliche Daseinsvorsorge – Garant für Lebensqualität**

Es bleibt die Pflicht des Staates, die Güter und Leistungen bereitzustellen, die für ein menschenwürdiges Leben notwendig sind. Dazu zählen wir unter anderem die Verkehrsinfrastruktur, die Energie- und Wasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, Telekommunikation, Internetzugang sowie die Versorgung mit Wohnraum, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege. Eine Zusammenarbeit mit Privaten schließen wir nicht aus, solange die Aufgabe hoheitlich beim Staat verbleibt.

Zukunftsfähige Handlungskonzepte für die öffentliche Daseinsvorsorge erfordern insbesondere in den peripheren ländlichen Räumen die Definition von Mindest-

standards. Diese Mindeststandards dürfen sich aber nicht ausschließlich an Zahlen, Flächengrößen und anderen direkt messbaren Parametern orientieren. Entscheidend ist die Qualität. Das erfordert und erlaubt größere Flexibilität und Dezentralität. Versorgungslücken müssen ausgeschlossen werden, indem beispielsweise mobile Angebote sowie Notfall- und Bereitschaftsdienste verstärkt werden.

## **Gesund und vital – ein Leben lang**

Eine hohe Lebensqualität wird nicht allein dadurch bestimmt, dass ein Mensch gesund ist. Es ist aber eine wesentliche Voraussetzung für ein lebenswertes Dasein, dass jeder Zeit schnell und bedarfsgerecht medizinische Hilfe bereit steht. Gesundheitserziehung und andere Präventionsmaßnahmen müssen selbstverständlich sein.

Es bleibt unser Ziel, eine hochwertige, wohnortnahe, flächendeckende und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung zu erhalten. Gesundheit darf keine Ware sein. Das Gesundheitswesen mit seinen Leistungen muss allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation oder ihrem Wohnort zur Verfügung stehen. Dabei ist der besondere medizinische Bedarf einer älter werdenden Bevölkerung zu berücksichtigen. Wir wollen ein solidarisches Gesundheitswesen mit starken demokratischen Selbstverwaltungsorganen und mit starken Mitwirkungsrechten der Versicherten.

Das flächendeckende Netz der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern muss erhalten bleiben, und das Land bleibt verpflichtet, die Krankenhausinvestitionen entsprechend der Bedarfsplanung zu sichern. Dem Mangel an niedergelassenen Haus- und Fachärzten insbesondere in ländlichen Räumen des Landes soll einerseits mit Anreizsystemen und andererseits mit neuen integrierten Modellen der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung begegnet werden. Die Vernetzung mit Krankenhäusern, die Schaffung Medizinischer Versorgungszentren, Landambulatorien und Hausärzte unterstützende Leistungen, wie die Gemeindegewestern, die technischen Möglichkeiten der Telemedizin und andere technische Errungenschaften sind dafür Beispiele. Öffentlich angestelltes medizinisches Personal kann die Versorgung in den ländlichen Räumen sicherstellen. Damit besteht die Chance, wieder ein starkes öffentliches Gesundheitswesen zu schaffen.

Die Planungsprozesse und eine Vernetzung der Leistungserbringer der medizinischen und pflegerischen Versorgung müssen auf Landesebene geführt und regional organisiert werden. Zu den Aufgaben gehört dabei die Erarbeitung von Gesundheitszielen und Präventionsprogrammen. Medizinisches und pflegerisches Personal braucht Anreize, um in den ländlichen Räumen ein bedarfsgerechtes Angebot zu sichern.

Mit steigendem Alter wächst das Bedürfnis nach Sicherheit im weitesten Sinne. Dazu gehört auch – wenn notwendig und gewollt – gut betreut und gepflegt zu werden. Pflegebedürftige Menschen brauchen unabhängige und barrierefrei zugängliche Informationen über Hilfsmöglichkeiten, niederschwellige Angebote, Versorgungsnetze in Wohnortnähe, aber auch wirklich aktivierende Hilfen. Bei den Leistungen gelten konsequent die Grundsätze „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“. Die Leistungen der Sozialkassen für pflegebedürftige Menschen müssen sich nach deren Bedarf und nicht nach starren Zeit- oder Leistungsvorgaben richten. Pflegenden Angehörige sowie ehrenamtliche und nachbarschaftliche Helfer benötigen professionelle Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung.

## **Mobilität – lebensnah und lebensnotwendig**

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit der geringsten Bevölkerungsdichte in Deutschland hängen öffentliche Daseinsvorsorge und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ganz entscheidend von Erreichbarkeit und Mobilität ab. Viele Strukturen der Daseinsvorsorge müssen im ländlichen Raum dezentral im Bereich der Grundzentren konzentriert und durch mobile Angebote ergänzt werden.

Daraus ergeben sich Anforderungen an einen barriere- und diskriminierungsfreien Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr, um in zumutbaren Fahrzeiten von der Haustür zum Ziel gelangen zu können. Die bessere Vernetzung der Linien, Rufbussysteme, Leihfahrradsysteme vom Wohnort zur nächsten Bushaltestelle, „Bürgerbusse“ auch in Eigenregie der Einwohnerinnen und Einwohner dünn besiedelter ländlicher Räume sind Beispiele, die ausgearbeitet und gestärkt werden müssen. Die Kompetenz dafür haben die Regionen selbst.

Die Konzentration auf den motorisierten Individualverkehr schließt ganze Bevölkerungsgruppen aus lokalen, sozialen, gesundheitlichen oder finanziellen Gründen von den Mobilitätsangeboten aus. Mobilität darf nicht mehr an den Besitz eines Autos oder einer Fahrerlaubnis, gebunden sein.

Die Fixierung auf das Auto wird nicht von heute auf morgen zu ändern sein. Deshalb setzen wir auf eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite steht das umweltgerechtere Auto, auf der anderen Seite aber vorrangig der Aufbau eines integrierten, flächendeckenden bedürfnisorientierten Öffentlichen Personennahverkehrs bzw. schienengebundenen Personennahverkehrs. Je zugänglicher, kostengünstiger und flexibler in Zeit und Ziel diese Angebote sind, umso mehr werden sie genutzt.

Die verhängnisvolle Trennung von Arbeits-, Wohn- und Freizeitort muss schrittweise aufgehoben werden. Für mehr Arbeit vor Ort und weniger Verkehr brauchen wir eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis in den ländlichen Räumen, die Stärkung der Stadt-Umland-Beziehungen und damit mehr kleinräumige Wirtschaftsbeziehungen.

Wir wollen keine Anpassung der Straßeninfrastruktur an immer größere Fahrzeuge. Der Verkehr muss entschleunigt werden. Innerhalb von Ortschaften haben Fußgänger und Radfahrer „Vorfahrt“.

## **Gebaute Daseinsvorsorge – über und unter der Erde**

Jeder Mensch braucht eine seinen Bedürfnissen entsprechende und bezahlbare Wohnung. Auch diejenigen, die auf staatliche Unterstützung bei den Wohnkosten angewiesen sind, haben ein Recht auf angemessenen und zeitgemäßen Wohnraum in frei wählbarem Wohnort und frei wählbarer Wohnlage. Kommunales und genossenschaftliches Wohneigentum sowie verbrieftete Mieterrechte sind unerlässlich. Ebenso wichtig ist ein für alle nutzbares und zum Wohlfühlen ausgestattetes Wohnumfeld mit Einrichtungen, in denen soziale Kontakte, Gesundheit und Kultur gepflegt werden können. Dies schließt auch ein, dass sich jede und jeder aktiv in seinem Wohnquartier engagieren kann, um es mitzugestalten. Dies stärkt das Wir- und Zuhause-Gefühl und wirkt Abwanderung, Ausgrenzung und Vereinsamung entgegen. Zudem können Fehlinvestitionen vermieden werden, wenn gebaut wird, was gebraucht wird. Aufgabe des Staates muss es sein, die baulichen Strukturen stetig an die demografischen Erfordernisse und sich ändernden Lebensgewohnheiten anzupassen. Barrierefreiheit und individuelle Betreuungs- und Dienstleistungsangebote sichern, dass Menschen auch im hohen Alter selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Gemeinschafts- und generationsübergreifende Wohnformen sind zu fördern.

Die Trinkwasserversorgung ist in ausreichender Menge und in einwandfreier Qualität gesichert. Sie muss auf Dauer zu einem sozial verträglichen Preis jederzeit gewährleistet sein. Trinkwasser ist ein unverzichtbares öffentliches Gut und muss in öffentlicher Hand bleiben.

Der überwiegende Teil der Haushalte ist an zentrale Abwassernetze angeschlossen. Der Auslastungsgrad der Anlagen nimmt aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und sinkenden Verbrauchs weiter ab. Deshalb dürfen Neu- bzw. Ersatzinvestitionen nur noch angepasst an Bevölkerungsprognosen und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort geplant und ausgeführt werden. Vorhandene dezentrale Anlagen müssen dezentral bleiben, aber dem Stand der Technik entsprechen. In jedem Fall müssen sozial verträgliche Beiträge und Gebühren gesichert werden.

Bei der Abfallentsorgung stehen die Abfallvermeidung und die Wertstoffkreislaufwirtschaft im Vordergrund. Müll muss wie ein wertvoller Rohstoff behandelt und verwertet werden. Thermische Restmüllverwertung soll nur auf die Wärmegewinnung für betriebliche Kreisläufe beschränkt werden.

Wir müssen zurückkehren zur Andienungspflicht der Kommunen an ihre örtlichen Entsorger. Die Kommunen sollen ihre Abfallentsorgung wieder in die eigenen Hände nehmen.

Ein regional spezifischer Mix aus erneuerbaren Energiequellen bietet die Chance zu regionaler Energieversorgung durch die Bürgerinnen und Bürger selbst bzw. die Kommunen. Über öffentliche Unternehmen bzw. Bürgerkraftwerke auf Basis erneuerbarer Quellen werden dringend benötigte Einnahmen erzielt, die dann auch im Interesse der Allgemeinheit eingesetzt werden können. An dieser Stelle haben Menschen, die in peripheren ländlichen Räumen wohnen, keinen Nachteil. Sie können ihr eigener Energie- und Wärmeproduzent werden, sind nicht mehr abhängig von Energiekonzernen und großen überregionalen Leitungsstrukturen.

Die lückenlose Abdeckung des Landes mit schnellem Internet ist unabdingbare Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und der elektronischen Verwaltung des Landes. Sie sichert auch in entlegenen Landesteilen den Zugang zu dem immer schneller wachsenden Wissensfundus, zu Kultur und vielfältigen weiteren Dienstleistungen. Das Internet und neue Medien insgesamt sind ein wichtiger Bestandteil demokratischer Teilhabe. Deshalb müssen sie wie alle Versorgungsnetze Teil der Daseinsvorsorge sein und ständig an die wachsenden Anforderungen angepasst werden. Für jede und jeden müssen die neuen Medien zugänglich sein, entweder direkt zu Hause oder über öffentliche Dienstleister.

## **Arbeiten und Wirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern**

Die größten Potenziale stecken in den Menschen, die hier leben und arbeiten! Mit ihrer Hilfe werden wir eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung erreichen. Wir wollen eine Wirtschaft, die zugleich regionaler und internationaler ist. Wir unterstützen offene regionale Wirtschaftskreisläufe, mehr Wertschöpfung und mehr Existenz sichernde und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vor Ort. Gleichzeitig geht es darum, die Zusammenarbeit im Ostseeraum und darüber hinaus zu stärken. Die Entwicklung und die aktive Förderung grenzüberschreitender Kooperation und Vernetzung in Wirtschaft, Forschung, Bildung und Kultur gehören zu den großen Chancen des Landes.

Unsere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik setzt auf den sozial-ökologischen Umbau, die Stärkung des Binnenmarktes und die Demokratisierung der Wirtschaft.

Möglichkeiten zur Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis sehen wir insbesondere in zukunftssträchtigen Bereichen, wie den erneuerbaren Energien, der Medizintechnik, den Umwelt-, Bio-, Biochemie- und Kommunikationstechnologien, der Gesundheits- und Ernährungswirtschaft und dem Dienstleistungssektor. Die Zukunft der maritimen Industrie setzt ein Umsteuern im Rahmen eines integrierten Ansatzes voraus. Allein die Umweltherausforderungen im Bereich der Schifffahrt eröffnen den maritimen Betrieben und den Forschungseinrichtungen neue Arbeitsfelder.

Wissen ist wichtigste Produktivkraft und bestimmt die Lebensqualität in einer Region wesentlich mit. Wir brauchen in Mecklenburg-Vorpommern mehr wissensbasierte Arbeitsplätze in Forschung, Anwendung und Produktion. Die Chancen dafür ergeben sich aus dem großen Bedarf an Innovationen für neue Werk- und Rohstoffe, an neuen und neuartigen Produkten, an Ressourcen schonenden Technologien und Dienstleistungen. Wirtschaftsförderung muss konsequent auf Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Überführung in die Produktion ausgerichtet werden. Dazu gehören eine systematische Vernetzungspolitik, die Unterstützung der Universitäten und Hochschulen und ein schlagkräftiger Fonds für Forschung und Entwicklung, der kleine und mittlere Unternehmen mit Risikokapital ausstattet.

Die Hochschulen müssen noch besser in die Lage versetzt werden, Wissenstransfer und weitere Kooperationen mit der Wirtschaft wirksamer zu gestalten. Über

diesen Weg können Hochschulabsolventen ihre Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern finden. Wissensbasierte Arbeitsplätze und moderne Kommunikationstechnik ermöglichen Unternehmen ihren Standort auch im Umfeld mittlerer und größerer Städte bzw. in ländlichen Räumen zu wählen.

## **Impulse – aus der Region für die Region**

In den Regionen müssen die wirtschaftlichen Leistungen viel stärker miteinander verflochten werden. Das stärkt die Wirtschaftskraft, die sozialen Systeme und reduziert Transporte von Gütern. Regionale Wertschöpfungsketten, Wirtschafts- und Stoffkreisläufe sorgen dafür, dass Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in der Region entstehen oder erhalten bleiben sowie Kaufkraft und Einkommen gestärkt werden. Davon profitieren kleinbetriebliche Produktions- und Wirtschaftsstrukturen.

Mehr Wertschöpfung vor Ort bedeutet auch eine höhere Steuerkraft für die Gemeinden, die wiederum für die Steigerung der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt werden kann und zudem die Verbundenheit mit der Region stärken.

Um diese Wirtschaftskreisläufe besonders zu fördern, sind neben Regionalbudgets, Regionalfonds und Mikrokrediten beispielsweise auch Regionalgelder sinnvoll. Diese Gelder fließen zurück, weil sie wieder in die Region investiert werden. Lebensmittelproduktion, örtliches Handwerk, wohnortnahe Dienstleistungen, Gesundheitswirtschaft, Naherholung, touristische Angebote, Energieerzeugung und -versorgung können Teile solcher Kreisläufe sein und dazu beitragen, die Grundversorgung der Region zu sichern.

Die Tourismus- und Kulturwirtschaft sowie die Gesundheitswirtschaft spielen eine immer größere Rolle bei der Stärkung und Entwicklung der Regionen. Besonderes Augenmerk muss daher auf den Ausbau und die Verzahnung ganzheitlicher und ganzjähriger Angebote gelegt werden, die die regionalen Vorzüge besonders betonen und nutzen. Transparente Wirtschaftsketten, bei denen nachvollzogen werden kann, wer wo und wie erzeugt, veredelt und produziert, bieten landwirtschaftlichen Betrieben, Handwerk und Gastronomie die Möglichkeit, sich vom Warenallerei abzuheben und Verbraucherverhalten zu ändern.

Bestehende Netzwerke müssen qualitativ weiter entwickelt werden, neue regionale Netzwerke sollen entstehen, auch über die Landesgrenzen hinaus.

## **Land- und Ernährungswirtschaft nachhaltig ausrichten**

Die Land- und Ernährungswirtschaft wird auch künftig ein wirtschaftlicher Grundpfeiler in Mecklenburg-Vorpommern sein. Sie ist flächendeckend nachhaltig sowie multifunktional auszurichten. Vielfältige Eigentumsformen vor allem am Boden in unterschiedlichen Betriebsgrößen und Organisationsformen bleiben die Grundlage für die erfolgreiche Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die energetische und stoffliche Verwertung. Wir brauchen Unternehmen, die sich für die nachhaltige Entwicklung der Region einsetzen.

Reserven liegen in einem höheren Grad der Veredlung und Verarbeitung der Rohstoffe sowie in regionalen und energetischen Stoffkreisläufen. Möglichkeiten der Direktvermarktung sind deutlich auszubauen.

Tierproduktionsanlagen und Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie sind in ihrer Größe und Auswirkung auf die regionalen Kreislaufmöglichkeiten und auf Verträglichkeit im Territorium auszurichten.

Die Landwirtschaft muss tier-, umwelt- und klimagerecht sein und frei von Grüner Gentechnik produzieren. Wir wollen eine moderne Agrarwirtschaft, die ökologisch orientiert ist und soziale Funktionen in den ländlichen Räumen wieder stärker wahrnimmt.

## **Soziale Dienste für guten Lohn**

Es gibt einen enorm steigenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen, der abzudecken ist. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung und Pflege. Diese Dienstleistungen zu sichern ist in erster Linie Aufgabe des Staates. Um den rapide ansteigenden Personalbedarf zu decken, brauchen wir deutlich bessere Arbeits- und Lohnbedingungen sowie eine gezielte Nachwuchsförderung, einschließlich spezifischer Anreizsysteme.

Mecklenburg-Vorpommern darf nicht länger Billiglohnland sein. Gute Arbeit erfordert gute Löhne. Nur so kann die Ausbreitung von Armut gestoppt werden. Nur so kann der Abwanderung entgegengewirkt werden. Nur so kann das Land für Menschen aus anderen Regionen Deutschlands und der Welt attraktiver werden.

## **Arbeit – zwischen Staat und Markt**

Kultur, Soziales, Natur- und Umweltschutz, Breitensport und anderes sind für eine hohe Lebensqualität unverzichtbar und ein erheblicher Gewinn für den Einzelnen und die Gesellschaft. Da diese Bereiche aber keinen Profit erwirtschaften, werden sie von privaten Unternehmen nicht bedient. Es sind zwar Aufgaben im öffentlichen Interesse, dennoch müssen sie nicht zwingend direkt im Öffentlichen Dienst angesiedelt sein. Wir wollen in diesen Bereichen einen stabil finanzierten und damit langfristig angelegten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor etablieren. Über dessen konkrete Gestaltung soll in den Regionen selbst entschieden werden. Die Finanzierung erfolgt durch pauschale Zuweisung der notwendigen Mittel durch das Land und durch in kommunalen Betrieben erwirtschaftetes Einkommen. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss freiwillig sein, sozialversicherungspflichtig und mindestens Existenz sichernd entlohnt werden.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist für uns unverzichtbar. Sie bleibt für viele Kommunen ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Sie sollte deshalb ausgebaut werden. Damit stärken wir öffentliches Eigentum, schaffen Neues und erweitern kommunale Handlungsspielräume.

Wir wollen kommunale Unternehmen als Schwerpunkte regionaler Wertschöpfung mit beispielhafter Beschäftigungs- und Lohnpolitik sowie mit demokratischer Mitwirkung entwickeln. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten Unternehmen gleichberechtigt am Markt agieren. Letztendlich geht es um die politische Entscheidungskompetenz in der Kommune oder im kommunalen Verbund, wie die Erträge in Investitionen und Erweiterungen des Angebotes der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden.

## **Bildung und Kultur für alle – lebenslang und von Anfang an**

Bildung und Wissenserwerb sind die entscheidenden Ressourcen, um eine zukunftsfähige und selbst tragende Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. An dieser Aufgabe müssen erstrangig der Staat, aber auch Eltern, Wirtschaft und alle anderen gesellschaftlichen Kräfte mitwirken. Bildung muss tatsächlich Priorität haben – für jedes Alter und auf allen Ebenen. Finanzielle Entscheidungen müssen diesem Anspruch Rechnung tragen.

Dazu gehört auch, dass ein naht- und reibungsloser Übergang von der Kita zur Schule, von der Schule zur Ausbildung bzw. zum Studium in gemeinsamer Verantwortung aller politischen Entscheidungsträger liegt.

Alle Menschen, ob alt oder jung, müssen gleiche Chancen in der Bildung haben. Sie brauchen einen ungehinderten Zugang zu allen Angeboten – lebenslang und von Anfang an.

Wir wollen solche Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich unabhängig von der Lebenssituation der Eltern, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer religiösen Anschauung, unabhängig von Beeinträchtigungen und vom Wohnort frei zu entwickeln und entsprechend ihrer Talente zu entfalten.

## **Stark machen von Anfang an – Kinder brauchen Kinder**

Wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern ein wohnortnahes kostenfrei nutzbares Netz an Ganztags-Kitas, Ganztagsgrundschulen sowie Musik- und Sportangeboten.

Wir wollen, dass jedes Kind gemeinsam mit anderen Kindern aufwachsen, sich entwickeln und lernen kann. Deshalb soll es für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an ein uneingeschränktes Recht auf einen Ganztagsplatz in einer Kindertageseinrichtung geben. Das sehr gute Kita-Angebot muss erhalten, sogar verbessert werden. In jedem Alter, aber besonders bei den Null- bis Sechsjährigen kommt es auf die hohe Qualität ganzheitlicher Betreuung an. Eine gute Betreuung der Kinder ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, Familienleben und Beruf vereinbaren zu können.

## **Sozial engagierte Schule für alle**

Inklusion (alle einschließend) und individuelle Förderung müssen Markenzeichen der Schulpolitik werden, denn jeder Mensch ist einzigartig und in besonderer Weise begabt. Alle Schülerinnen und Schüler sind mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen und Fähigkeiten zu akzeptieren und individuell zu fördern. Die Verschiedenheit der Kinder ist Ausdruck von Vielfalt und Reichtum und ist zur Entwicklung sozialer Kompetenzen zu nutzen. Das Lernen wird ein aktiver, motivierender Prozess und umfasst neben dem Vermitteln von Fachkenntnissen die Erziehung im Sinne demokratischer und humanistischer Werte.

Alle Kinder und Jugendlichen sollen zu einem höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden und mindestens bis zur mittleren Reife gemeinsam lernen. Alle Schulabschlüsse sollen unter einem gemeinsamen Dach und unter gemeinsamer Schulträgerschaft angeboten werden. Auf der Basis von bundesweit geltenden Bildungsstandards müssen Schulen mehr Freiräume bei der Auswahl der Lehrstoffe, zusätzlicher Bildungsinhalte, bei der Unterrichtsgestaltung sowie außerunterrichtlicher Angebote erhalten. Sie sollen ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen können. Dafür brauchen die Schulen größere Entscheidungsrechte und -möglichkeiten über den Einsatz von finanziellen Mitteln und Personal. Wir wollen keinen Wettbewerb um Standorte, sondern um die beste Qualität im Interesse der Kinder und Jugendlichen.

Die Schule soll ein möglichst wohnortnaher Lern- und Lebensraum sein. Zumindest im Grundschulbereich ist für alle Kinder ein in den Schulalltag integriertes vollwertiges und für die Eltern kostenfreies Mittagessen vorzuhalten. Die ganztägige Schule muss sich dem regionalen Umfeld öffnen und zahlreiche Verbindungen zu Vereinen und Verbänden pflegen sowie kulturelle und sportliche Angebote nutzen. Wir brauchen flächendeckend öffentliche Ganztagschulen im Land. Sie müssen zu Zentren für Schule und Freizeitgestaltung entwickelt werden.

## **Universitäten und Hochschulen stärken**

Die Universitäten und Hochschulen des Landes haben einen guten Ruf und sind Anziehungspunkt für viele junge Leute aus Deutschland und darüber hinaus. Es muss alles getan werden, um die Standorte zu erhalten und ihre Attraktivität weiter zu steigern. Es bleibt bei der Studiengebührenfreiheit.

Wir wollen erreichen, dass mehr Abiturienten aus Mecklenburg-Vorpommern ein Studium aufnehmen.

Forschung und Lehre müssen sich stärker an landesspezifischen Erfordernissen ausrichten. So können mehr Absolventen in Mecklenburg-Vorpommern eine Perspektive finden.

Um eine stärkere Verbindung zwischen beruflicher Ausbildung und Hochschule zu erreichen, sollten mehr geeignete berufliche Ausbildungen ganz oder teilweise auf entsprechende Hochschulbildungsgänge angerechnet werden. Die Möglichkeiten, mit dem Berufsabschluss die Hochschulreife zu erwerben, sollen ausgebaut werden.

## **Fachkräfte – das A und O**

Die Anforderungen an die Berufsausbildung werden immer höher. Allgemeinbildende Schulen und berufliche Ausbildungsstätten müssen gleichermaßen dafür sorgen, alle Jugendlichen zu einem erfolgreichen Berufsabschluss zu führen. Die duale Ausbildung wird an Bedeutung gewinnen.

Der Fachkräftemangel spitzt sich zu. Schule und Berufsbildung sind deshalb gefordert, durch hohe Bildungsqualität und wirksame Förderung aller Schülerinnen und Schüler und aller Auszubildenden niemanden zurückzulassen oder gar aufzugeben. Schul- und Ausbildungsabbrecher darf es nicht mehr geben.

Berufliche Abschlüsse von Migrantinnen und Migranten sind grundsätzlich anzuerkennen. Sie, aber auch Wiedereinsteiger und Erwerbslose brauchen Chancen, ihre Kenntnisse aufzufrischen, sich fortzubilden und damit den beruflichen Einstieg zu schaffen.

Die erheblichen Investitionen in berufliche Ausbildungsstätten sind trotz weiter sinkender Schülerzahlen gut angelegt. Wir schlagen die Nutzung vorhandener Strukturen beispielsweise als polytechnische Zentren, als Kompetenz- und Weiterbildungszentren für die regionale Wirtschaft oder als Seniorenakademien vor.

## **Kulturvolles Leben**

Kultur ist entscheidend für eine lebendige Demokratie. Allen Menschen muss die Teilhabe am kulturellen Leben möglich sein. Mecklenburg-Vorpommern verfügt

über eine vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft und einzigartige Zeugnisse der Baukultur, die es zu erhalten und zu entwickeln gilt. Dafür muss der Staat die Rahmenbedingungen schaffen. Wir verstehen uns als Partner all derer, die Kultur prägen. Die kulturelle Infrastruktur, oftmals Einrichtungen mit weit über die Region hinausreichender Bedeutung wie z.B. Theater, Museen, Musikschulen, Bibliotheken und anderes, brauchen eine langfristige, stabile und gesetzlich geschützte Förderung durch das Land. Ein Kulturraumgesetz soll die Gestaltungsmöglichkeiten für die regionale Kulturentwicklung flankieren. Damit Kultur und Kunst ihre Identität stiftende Wirkung voll entfalten können, brauchen sie eine feste Verankerung in der Region.

Kultur und Kunst haben die Kraft und den Drang zu Erneuerung. Sie tragen zur Selbstverwirklichung des Einzelnen bei und stärken die Selbstbestimmung. Um in diesem Sinne die Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenz vor Ort zu vergrößern, wollen wir über Regionalbudgets auch die Verantwortung für die Finanzierung der vielfältigen regionalen und lokalen kulturellen Angebote in die Regionen geben. Wir setzen dabei auf den Dialog der Akteurinnen und Akteure sowie der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter. Regionale Kulturbeiräte sollen mit beraten und entscheiden, wie sich die Bedingungen für Kunst und Kultur vor Ort weiter entwickeln. Eingebunden in diese Prozesse wird das ehrenamtliche Engagement. Ehrenamtliche bedürfen der kontinuierlichen Unterstützung durch Qualifizierung, Anerkennung, verlässliche Kooperation mit hauptamtlichen Kulturschaffenden und klare Aufgabenstrukturen.

## **Ökologisch in die Zukunft – darauf kommt es an**

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Infrastrukturpolitik und die Entwicklung der ländlichen Räume sind konsequent integrativ und ressortübergreifend auszurichten. Sie müssen optimale Rahmenbedingungen für den nachhaltigen sozial-ökologischen Umbau sowie zur Erreichung der Klimaschutzziele in Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Wir sind für den schnellstmöglichen Ausstieg aus dem fossilen und atomaren Energiezeitalter. Es darf weder eine Verpressung von Kohlendioxid im Boden noch eine dauerhafte Lagerung radioaktiver Abfälle im Land geben.

Regionale Wirtschaftsstrukturen werden nicht nur hinsichtlich auftretender globaler Krisen wichtiger, sondern auch im Hinblick auf Klimawandel und Roh-

stoffknappheit. Mit der Produktion, Errichtung und Betreuung verschiedenster Anlagen für einen Mix aus erneuerbaren Energien, einschließlich der Speichertechnologien und der Wärmeversorgung entstehen neue qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und neue Berufsbilder. Eine regional organisierte und betriebene Energiewirtschaft birgt dafür riesige Potenziale. Solche dezentralen Strukturen in der Energieerzeugung und -versorgung auf der Basis erneuerbarer Energien ermöglichen Unabhängigkeit von Monopolen, demokratische Mitbestimmung und generieren Einnahmen.

## **Natur und Landschaft – unbezahlbar**

Natur und Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern sind einzigartig und gehören zu den größten Schätzen unseres Landes. Sie als Lebensgrundlage zu schützen, zu pflegen, zu erhalten und gegebenenfalls wiederherzustellen, ist unerlässlich. Deshalb wollen wir das Netz der Großschutzgebiete erhalten, wo möglich ausbauen. Sie sind Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere, bewahren biologische Vielfalt und Artenreichtum. Naturparke, Nationalparke, Biosphärenreservate und andere geschützte Lebensräume werden als Anziehungspunkte für sanften Tourismus weiter an Bedeutung gewinnen, ebenso als Erfahrungs-, Erlebnis- und Erholungsorte der hier lebenden Menschen.

Mecklenburg-Vorpommern steht für einen naturnahen, zugleich Natur schonenden und für alle nutzbaren Tourismus. Qualität muss vor Quantität stehen. Tourismus ist optimal mit der Regionalentwicklung, mit den Angeboten der Kultur und des Sports zu verknüpfen und nutzt regionale bzw. ortsspezifische Produkte und Leistungen aus der Land- und Ernährungswirtschaft, der Gesundheitswirtschaft sowie des Handwerks. Neben den Küsten bietet das Binnenland hervorragende Bedingungen für Freizeit, Erholung und Tourismus. Diese gilt es das ganze Jahr über nutzbar zu machen.

## **Bauen und Verkehr – natürlich nachhaltig**

Bauen muss funktional und barrierefrei sein sowie hohen ökologischen und baukulturellen Standards genügen. Gebäude müssen flexibel nutzbar sein. Im Neubausektor wird das Nullenergiehaus zum Standard. Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes ist sozial verträglich und unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer und baukultureller Aspekte deutlich voran zu bringen. Dafür ist staatliche Unterstützung weiterhin notwendig.

Baulich oder anderweitig nicht wieder verwertbare Brachen werden der Natur zurückgegeben. Eingriffe in Natur und Landschaft dürfen nur erfolgen, wenn sie sich nicht vermeiden lassen und ein vollständiger Ausgleich erfolgt. Der Flächenverbrauch ist deutlich zu reduzieren, indem bauliche Entwicklungen noch konsequenter auf den Innenbereich und den Bestand zu lenken sind.

Wir brauchen eine ökologische Neuausrichtung von Transport und Verkehr. Dazu gehören Verkehrsvermeidung und -reduzierung, Verlagerung auf umweltfreundliche Systeme und technische Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffemissionen. Wir brauchen eine bedürfnisorientierte, flächendeckende Beförderung durch den öffentlichen Personenverkehr auf der Straße und der Schiene. Die Wirtschaft muss ihre Fixierung auf straßengebundene Logistikstrukturen und weite Transportwege überwinden. Straßensanierung muss vor Neu- und Ausbau gehen. Bei Investitionen im Straßenverkehrsbereich wird zukünftig weniger mehr sein, die Notwendigkeiten und die Folgen sind vorab abzuschätzen.

## **Naturverträglich besser leben**

Zunehmendes Umweltbewusstsein führt schrittweise auch zu einer Änderung der Lebensweise, die mit einer Verbesserung der Lebensqualität einhergeht. Eine solche Veränderung beginnt in den Köpfen. Umweltbildung, Förderung von Einsichten zugunsten von Natur- und Umweltschutz, Bildung für Nachhaltigkeit sind ein anerkanntes gesellschaftliches und politisches Leitziel. Der Erwerb dieser Kompetenzen muss in allen Bildungsstufen, von den Kitas über die allgemeinbildenden Schulen, die Berufsausbildung bis zu den Universitäten und Hochschulen fest verankert werden.

## **Politik aktiviert und ermöglicht**

Aufgabe des Landes ist es, die Potenziale zu ermitteln und die Hauptentwicklungslinien zu bestimmen. Dabei wird den Kommunen, den Regionen und den Bürgerinnen und Bürgern viel Raum für eigene Perspektiven, Ideen und deren Umsetzung gelassen.

Die Landesregierung muss Initiativen unterstützen, Prozesse moderieren und die Fach- und Rechtsaufsicht ausüben, vor allem aber zum Mitmachen motivieren.

Es geht um eine Politik des Aktivierens und des Ermöglichens. Das Land gibt Entscheidungskompetenzen an die Regionen und Kommunen ab, einschließlich der dafür erforderlichen Mittel.

## **Kompetenzen und Finanzen gehören zusammen**

Die Vergabe von finanziellen Mitteln durch das Land sollte sich auf wenige strategische Schwerpunkte der Landesentwicklung konzentrieren. Dabei sind die Förderinstrumente den regionalen und lokalen Bedürfnissen anzupassen und nicht umgekehrt. Sie sollen gebündelt und so weit wie möglich in Form von Regionalbudgets und Regionalfonds den Landkreisen oder anderen legitimierten Gremien im Rahmen der demokratischen Selbstverwaltung ausgereicht werden. Die Akteure vor Ort sind in wesentlich höherem Maße als bisher in die Vergabe von Fördermitteln einzubeziehen.

Im Rahmen der Landesförderung soll der Anteil von zinsgünstigen Darlehen gegenüber Zuschüssen deutlich erhöht werden. Rückflüsse aus Darlehen sind erneut für Investitionen einzusetzen. Bei der finanziellen Unterstützung Struktur bestimmender Wirtschaftsunternehmen soll das Land Beteiligungen und Mitbestimmungsrechte anstreben.

Wir wollen weg von der Zweckbindung und hin zu einer Pauschalierung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich. Damit werden den Kommunen mehr Flexibilität und eine höhere Eigenverantwortung eingeräumt. Gleichzeitig reduziert sich der Verwaltungsaufwand. Die Kommunen müssen über ihnen zugewiesene Mittel selbst verfügen können.

Um die demokratischen Mitwirkungsrechte zu stärken, sind die Bürgerinnen und Bürger an finanziellen Entscheidungen über die kommunalen Vertretungen hinaus direkt zu beteiligen (Bürgerhaushalt).

Staatliche Mittel sollen weniger in immer neue Modellprojekte fließen, sondern dafür eingesetzt werden, gute Erfahrungen flächendeckend nutzbar zu machen. Dies gilt gleichermaßen für die Erfahrungen bei der Finanzierung auf regionaler Ebene, beispielsweise globale Budgets für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

## **Gleichstellung leben – mehr als quotieren**

Frauen und Männer sind in allen Lebensbereichen tatsächlich gleichzustellen. Dies ist Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben und eine Bedingung für gelebte Demokratie. Frauen und Männer brauchen unter anderem gleichen Zugang und gleiche Teilhabe am Erwerbsleben sowie gleiche Entlohnung für die gleiche und gleichwertige Arbeit. Frauen und Männer sollen gleichermaßen Führungspositionen in der Wirtschaft, Wissenschaft und in der Politik innehaben. Ebenso wird die Verantwortung für die Familie von Frauen und Männern gleichermaßen getragen. Es muss endlich selbstverständlich sein, dass auch Männer die Erziehungsarbeit übernehmen und Frauen Karriere machen. Zwei-Eltern-Familien, Ein-Eltern-Familien, gleichgeschlechtliche Eltern-Paare und weitere Familienformen sind gleichwertig zu berücksichtigen. Voraussetzung dafür sind Rahmenbedingungen, die eine gute Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben ermöglichen.

## **Demokratie stärken – Selbstbestimmung wagen**

Demokratie muss täglich neu erstritten und erlernt werden. Eine demokratische Gesellschaftsordnung lebt davon, für das Wohlergehen aller Teile der Gesellschaft einzutreten. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrer finanziellen und sozialen Situation die Möglichkeit haben, Rechtsmittel in Anspruch zu nehmen, um ihre Interessen wahren zu können. Die Unabhängigkeit der Justiz muss nicht nur gewahrt, sondern gestärkt werden.

Mecklenburg-Vorpommern lebt von seiner Weltoffenheit. Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit haben hier keinen Platz. Wir wollen eine lebendige Demokratie.

Mecklenburg-Vorpommern ist einbezogen in ein vielfältiges Geflecht von Beziehungen und Abhängigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Spielräume für eigenständiges Handeln des Landes sind auch künftig begrenzt, allerdings eröffnen sich auch Möglichkeiten beispielsweise bei der Verwirklichung demokratischer Grundrechte. Es geht um die Erweiterung demokratischer Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger auf Bundes- und EU-Ebene und um den Ausbau der Formen direkter Demokratie auf Landesebene. Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte müssen eingefordert und gestärkt werden. Lebensqualität hängt für einen Großteil der Menschen auch davon ab, welche Möglichkeiten sie haben, ihr unmittelbares Lebensumfeld mit zu gestalten.

Deshalb wollen wir die repräsentative Demokratie zu einer „Beteiligungsdemokratie“ weiter entwickeln. Das erfordert auf allen staatlichen Ebenen ein anderes Verständnis von Bürgerbeteiligung als heute üblich.

Beteiligungsprozessen von unten nach oben muss Vorrang eingeräumt werden. Große Transparenz, frühzeitige Information und wenn erforderlich breite Diskussionen sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger qualifiziert und sachgerecht entscheiden können. Instrumente wie Schlichtungsverfahren, Runde Tische, Denkwerkstätten und der Einsatz von Beiräten sind auszubauen. Auf diese Weise wollen wir die weit verbreitete „Zuschauer-Demokratie“ in aktive Mitgestaltung umwandeln. Dies stärkt die Identität mit der Region und fördert die Wertebildung.

In öffentlichen Unternehmen erwirtschaftete Mittel sollen im Interesse des Allgemeinwohls eingesetzt werden. Auch dafür brauchen wir eine Stärkung von demokratischen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten über die Kommunalvertreter hinaus. Dies gilt auch für Unternehmen in der Privatwirtschaft. Die Mitbestimmung der Belegschaft muss Normalität werden.

Insbesondere in der Organisations- und Eigentumsform einer Genossenschaft sehen wir diese umfassende und gleichberechtigte Mitbestimmung der Mitglieder durchgesetzt. Deshalb sind wir für die Stärkung des Genossenschaftsgedankens, beispielsweise im Wohnungs- und Sozialwesen, Energie- und Agrarbereich.

## **5. Mecklenburg-Vorpommern am Scheideweg**

Entweder wir ergeben uns den negativen Folgen der demografischen Entwicklung und den geringer werdenden finanziellen Spielräumen und lassen zu, dass

- sich die peripheren ländlichen Räume zunehmend entleeren,
- sich Landwirtschaft immer mehr zur Agrarindustrie wandelt,
- Mecklenburg-Vorpommern zum reinen Durchgangsgebiet für sich kreuzende Verkehrsstraßen zwischen Skandinavien und Südeuropa bzw. Osteuropa und Hamburg wird,
- das Land zur Lager- bzw. Speicherstätte für Atommüll und Kohlendioxid aus den klimaschädlichen Industrien der Ballungsräume wird.

Oder wir finden Lösungen, die zum Vorbild für andere Regionen werden können.

Dafür müssen wir

- die nahen Lebensräume der Menschen stärken,
- regionale Wertschöpfung ausbauen,
- regionale Stoff- und Energiekreisläufe bilden,
- die wirtschaftliche Basis verbreitern,
- jede Art von Benachteiligungen von Menschen überwinden,
- Demokratie und Teilhabe stärken und ausbauen,
- die Naturressourcen in einer Weise nutzen, die auch nachfolgenden Generationen ein gutes Leben ermöglicht.

**DIE LINKE wählt den besseren Weg!**

### **Diskutieren Sie mit!**

Anregungen, Lob, Kritik und Denkanstöße zum Leitbild MV 2020+ können Sie senden an:

Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
*Leitbild MV 2020+*  
Lennéstraße 1  
19053 Schwerin

oder an: [fraktion@dielinke.landtag-mv.de](mailto:fraktion@dielinke.landtag-mv.de)





**DIE LINKE.**

Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern



[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)